

Ausgabe 08/2016



Interessierte Bürgerinnen und Bürger können den Newsletter im Wahlkreisbüro von Svenja Stadler (siehe Impressum) zum regelmäßigen Bezug per E-Mail bestellen.

Svenja Stadler on Air

„Ullis Morgenmagazin“ ist das einzige deutsche Projekt (sonntags von 13 bis 14 Uhr) des mehrsprachigen Radiosenders CHIN Radio in Toronto (Kanada), der in 39 Länder sendet. Am 29. Mai interviewten Ulli Jeseke und Sylvia Karasch live Svenja Stadler, die per Telefon zugeschaltet wurde.

☛ Nachzuhören [HIER](#).

Verantwortung und Sachlichkeit

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

nach dem Pfingstweekende und zwei spannenden und mit Terminen gut gefüllten Wochen im Wahlkreis, geht es in dieser Woche wieder nach Berlin. Unter anderem werden wir uns im Plenum mit dem Prostituiertenschutzgesetz beschäftigen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung, der in erster Lesung debattiert wird, ist das Ergebnis langer Auseinandersetzungen mit der Union. Forderungen wie die nach einem Mindestalter konnten in den Verhandlungen beigelegt werden, doch entschärfte Varianten der von der Union verlangten Anmeldepflicht und obligatorischen Gesundheitsprüfungen sind in dem Entwurf weiter enthalten. Hier wird im parlamentarischen Verfahren nachgesteuert werden müssen. Es gilt, legale und damit freiwillige Prostitution strikt von Straftaten wie sexueller Ausbeutung und Zwangsprostitution zu trennen. Das Prostituiertenschutzgesetz muss klare Regelungen schaffen, die die in der Prostitution tätigen Frauen und

Männer besser schützen, ihr Selbstbestimmungsrecht stärken und gute Arbeitsbedingungen sicherstellen.

Ein weiteres Thema, dass mir in diesen Wochen am Herzen liegt, ist die geplante Resolution des Bundestages zum Völkermord an den Armeniern. Gemeinsam wollen wir ein Zeichen setzen und an die Ermordung Hunderttausender Menschen erinnern. Mir ist es wichtig, dass wir uns zugleich zur deutschen Mitverantwortung für das Geschehene bekennen. Ohne das Stillhalten der deutschen Reichsregierung angesichts des Genozids, wäre die Geschichte anders verlaufen. Wichtig ist, dass es nicht darum geht, ein Land wie die Türkei belehren oder gar beleidigen zu wollen. Vielmehr gilt es, deutlich zu machen, dass der politische Alltag heute uns nicht dazu bringen darf, die Erinnerung an die Opfer zu verdunkeln. Ohne die Wahrheit als Grundlage wird es keine Versöhnung geben können.

Ihre

Was ist eigentlich - die Endlagerkommission?

Die Kommission „Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“, umgangssprachlich kurz Endlagerkommission genannt, erarbeitet Empfehlungen zur Lagerung hoch radioaktiver Abfälle. Eingesetzt im April 2014 vom Deutschen Bundestag und Bundesrat soll die Kommission Vorschläge für die Entscheidungsgrundlagen für das Standortauswahlverfahren erarbeiten. Daneben

befasst sich die Kommission auch mit der Beteiligung der Öffentlichkeit. Die Ergebnisse fließen in einen Bericht an Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung ein. Zu ihren insgesamt 33 Mitgliedern gehören Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft und gesellschaftlicher Gruppen sowie Mitgliedern von Landesregierungen und des Deutschen Bundestages. Ihr im

April 2015 veröffentlichter erster Bericht geht davon aus, dass sich die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in Deutschland bis ins 22. Jahrhundert hinziehen wird. Ihren Abschlussbericht wird die Kommission am 10. Juni vorlegen. Die Debatte um mögliche Standorte eines Endlagers und die Beteiligung der jeweiligen Anwohner wird sie sicher nicht beenden.

Diskussion über Flüchtlingspolitik in Winsen

Wie nachhaltig ist die aktuelle internationale Flüchtlingspolitik? Diese Frage stellen **Dr. Rolf Mützenich**, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, und Bundestagskollegin **Svenja Stadler** im Rahmen einer Veranstaltung des Landesbüros Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung am Mittwoch, **8. Juni 2016, um 19.00 Uhr im Marstall in Winsen**.

Mützenich wird in einem Impuls zunächst in das Thema einführen, um anschließend bei einer Podiumsdiskussion und einer Diskussion mit dem Publikum zu diesem Thema zu sprechen. An der Podiumsdiskussion nehmen neben den Abgeordneten noch **Pastor Markus Kalmbach** von der St. Marien Gemeinde Winsen sowie **Felix Eikenberg** aus dem Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika der Friedrich-Ebert-Stiftung teil. Moderiert wird die Diskussion von Cosima Schmitt („Die Zeit“). „Ich freue mich, dass es der Friedrich-Ebert-Stiftung gelungen ist, eine Veranstaltung zu diesem The-



Dr. Rolf Mützenich, außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

ma mit solch ausgewiesenen Experten zu organisieren“, so Stadler. Der überwiegende Anteil der Flüchtlinge findet gegenwärtig innerhalb des eigenen Landes und den unmittelbaren Nachbarländern Zuflucht. Nur ein geringer Teil von ihnen hat Europa und Deutschland als Ziel. Im Jahr 2015 kamen rund eine Million Flüchtlinge nach Deutschland (davon etwa 100.000 nach Niedersachsen) – damit ist Deutschland

eines der größten Aufnahmeländer in der Europäischen Union. Gerade jetzt kommt der internationalen Flüchtlingspolitik eine große Bedeutung zu. Welche Konflikte bestehen in den Ländern, aus denen die Menschen fliehen? Wie sicher sind die Fluchtwege? Welche Rolle sollten Deutschland und andere europäische Mitgliedstaaten in der internationalen Flüchtlingspolitik übernehmen? Wie lassen sich überhaupt neue Zukunftsperspektiven für die Bevölkerung schaffen?

Zur Diskussion steht dabei unter anderem auch, wie die bisherigen Vereinbarungen zwischen der EU und der Türkei zu bewerten sind. Die Auseinandersetzung mit (individuellen) Fluchtmotiven und die Ursachenbehebung länderspezifischer Konflikte nimmt hinsichtlich der Nachhaltigkeit von Lösungsstrategien eine Schlüsselrolle ein.

„Gemeinsam mit den von der Friedrich-Ebert-Stiftung eingeladenen Gästen und den Bürgerinnen und Bürgern möchte ich diese und weitere Fragen diskutieren“, so Stadler.

Stadler zu Gast beim Jesteburger Frauenfrühstück

Beim Jesteburger Frauenfrühstück im Café Mokkastrasse trafen sich jetzt Vertreterinnen aus Kirche, Kunst, Kommunalpolitik, Schule, Kita und



Svenja Stadler beim Frauenfrühstück in Jesteburg.

Flüchtlingsarbeit. In all diesen Bereichen wird von engagierten Frauen ehrenamtliche Arbeit geleistet. Grund genug für Svenja Stadler, dort einmal vorbeizuschauen. Um das ehrenamtliche Engagement zu fördern braucht es die Unterstützung aus der Politik. „Ehrenamtliches Engagement macht unsere Gemeinschaft lebendig. Ohne ehrenamtliches Engagement würde sich in unserer Gesellschaft nicht viel bewegen“, so die Bundestagsabgeordnete. So tauchten in dem Gespräch eini-

ge Fragen, aber auch Anregungen auf, die Stadler für ihre Arbeit in Berlin mitnehmen möchte.

Auch für die Kommunalpolitik hat es in dem Gespräch einige Anregungen gegeben. Beispielsweise wurde etwa die Idee diskutiert, auf kommunaler Ebene eine Plattform einzurichten, auf der alle Bürgerinnen und Bürger das Abstimmungsverhalten aller Ratsmitglieder verfolgen können. Ähnlich wie dies bei der Internetplattform „Abgeordnetenwatch“ möglich ist. Der nächste Frauentreff soll im übrigen abends angesetzt werden, sodass auch Frauen, die vormittags berufstätig sind, teilnehmen können.

SPD bekämpft Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen

Der Koalitionsausschuss hat im Mai nach monatelanger Blockade durch die CSU endlich den Weg frei gemacht, um den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zu bekämpfen. Der Gesetzentwurf von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) geht nun ins Kabinett und kann bald danach ins Parlament eingebracht werden. „Mit der Einigung sind wir einen großen Schritt weiter“, so Svenja Stadler. Nach dem Rentenpaket, dem Mindestlohn und dem Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie setzt die SPD mit den klaren Regeln für Leiharbeit und Werkverträge den nächsten zentralen Punkt aus dem Koalitionsvertrag um. Die wichtigsten Neuerungen sind:

- Künftig dürfen Leiharbeiter nur noch 18 Monate in einem Ent-



leihbetrieb arbeiten. Wird diese Grenze überschritten, muss eine Einstellung erfolgen.

- Leiharbeiter sollen nach neun Monaten den Anspruch auf die gleiche Bezahlung wie die Stammbeschäftigten haben.
- Sie dürfen nicht als Streikbrecher eingesetzt werden.
- Gegen die missbräuchliche Nutzung von Werkverträgen soll eine Pflicht zur Offenlegung der Arbeitnehmerüberlassung und die Abschaffung

der so genannten Vorratsverleiherlaubnis vorgegangen werden.

- Es soll gesetzlich definiert werden, wer Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer ist. Dadurch soll die missbräuchliche Gestaltung von Fremdpersonaleinsatz durch Werkverträge verhindert werden.

- Die Informationsrechte des Betriebsrates werden gestärkt und gesetzlich festgeschrieben.

„Viele Menschen haben darauf gewartet, dass Missbrauch und Lohndrückerei bei Leiharbeit und Werkverträgen verhindert werden“, so Svenja Stadler. „Ich freue mich, dass unsere Ministerin Andrea Nahles sich dafür mit viel Standhaftigkeit eingesetzt und jetzt mit Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion unser Ziel erreicht hat.“

Ausgezeichnet engagiert

Welche Bedeutung Bürgerschaftliches Engagement für unsere Gesellschaft hat, konnten wir kürzlich anhand des neuen Freiwilligen-Surveys feststellen: Über 31 Millionen Bürgerinnen und Bürger engagieren sich bei uns für Andere. Welche Bedeutung die Anerkennung dieses Engagements für die Engagierten hat, wissen wir aus zahlreichen Untersuchungen. Damit auch jeder wissen kann, welche Preise und Auszeichnungsmöglichkeiten es gibt, um das Engagement von anderen auszuzeichnen, hat das Projektbüro des Deutschen Engagementpreises jetzt eine Datenbank erstellt.



Über 570 Preise für Bürgerschaftliches Engagement sind hier zu finden. „Nur gemeinsam kann es gelingen, die öffentliche Wertschätzung und Anerkennung von Bürgerschaftlichem Engagement zu stärken und auf die verschiedenen Preise aufmerksam zu machen“, so Svenja Stadler. Engagierte können die Datenbank nutzen, um anhand verschiedener Kriterien nach Auszeichnungen zu recherchieren und sich bei zahlreichen Preisen zu bewerben. Alle weiteren Informationen und die Datenbank selbst finden Sie im Internet unter [diesem Link](#).

Die Jugend zeigt ein weltoffenes Gesicht



Bei der Festrede.

Auf der Feier zur Jugendweihe des Vereins Jugendweihe Niedersachsen in der Burg Seevetal gratulierte Svenja Stadler persönlich den Jugendlichen zum symbolischen Eintritt ins Jugendalter – der Vorstufe zum Erwachsenenalter. Die Jugendweihe etabliert sich immer mehr zu einer Alternative zu den konfessionsgebundenen Angeboten wie Konfirmation und Firmung. In der Festrede betonte die Bundestagsabgeordnete die wichtige und prägende Zeit des Jungseins, und dass man sich Neugier und die Fähigkeit zum Dazulernen und Umdenken bewahren müsse – gerade mit wachsendem Alter. „Die meisten Menschen brauchen sehr lange, um jung zu werden“, zitierte sie Picasso. Aber die Entwicklung der Jugend in Deutschland stimme sie im Allgemei-

nen doch recht froh, so Stadler. „Dass in diesen unruhigen Zeiten, die bestimmte Parteien und Gruppierungen für ihre antidemokratischen Zwecke nutzen wollen, gerade die Jugend ein weltoffenes, von diesen Stimmungsmachern unbeeindruckbares Gesicht zeigt“, habe sie erfreut zur Kenntnis genommen und verwies

auf die Ergebnisse der Shell-Jugendstudie vom Herbst 2016.

„Kaum etwas versetzt mich in bessere Stimmung, als zu wissen, dass unsere Jugend dieses positive Bild abgibt“, sagte die Abgeordnete. „Ihr dürft stolz auf euch sein!“, rief sie den Jugendweihe-Absolventen zu.

🐾 [Jugendweihe Niedersachsen e. V.](#)



Svenja Stadler gratuliert den Jugendweihe-Absolventen in der Burg Seevetal.

Aufgeschnappt

„Um ein tadelloses Mitglied einer Schafherde sein zu können, muss man vor allem ein Schaf sein.“

Albert Einstein (1879-1955).

Impressum

Svenja Stadler, MdB
Marktstraße 34
21423 Winsen
Tel.: (0 41 71) 6 92 90 90
Fax: (0 41 71) 6 92 90 99
Email: svenja.stadler@bundestag.de



Redaktion

Berliner Büro:
M. Delius/S. Tobiassen
A. Knobloch-Minlend
Wahlkreisbüro:
F. Augustin/A. Wolter-Deibele/
L. Ritz

Niedersachsenpreis fürs Ehrenamt

Bis zum 26. Juni 2016 können sich Einzelpersonen, Vereinigungen aller Art, Initiativen, Selbsthilfe- und andere Gruppen aus den Bereichen Umwelt, Kultur, Sport, kirchliche Gemeinschaften und Soziales um den Niedersachsenpreis bewerben. Knapp drei Millionen Menschen in Niedersachsen sind in ihrer Freizeit für das Allgemeinwohl aktiv. Um das ehrenamtliche Engagement zahlreicher Bürgerinnen und Bürger zu würdigen, vergibt die Landesregierung in diesem Jahr bereits zum 13. Mal den Niedersachsenpreis für Bürgerengagement „Unbezahlbar und freiwillig“. Menschen, die für andere ihr Bestes geben, können für ihre ehrenamtlichen Projekte wieder Preise im Ge-

samtwert von 30.000 Euro gewinnen. Zusätzlich vergibt NDR 1 Radio Niedersachsen in diesem Jahr seinen mit 3.000 Euro dotierten „Hörerpreis“ an eines der ehrenamtlichen Projekte. Hier werden sechs ausgewählte Ehrenamtsinitiativen im November im Radio vorgestellt. Wer diesen Preis erhält, entscheiden dann die Hörer. „Ich wünsche allen Teilnehmern viel Erfolg und bin gespannt, wer den Preis in diesem Jahr gewinnt“, so die Bundestagsabgeordnete Svenja Stadler. Bewerbungen für den Niedersachsenpreis gehen an: Niedersächsische Staatskanzlei, - Unbezahlbar und Freiwillig -, Planckstraße 2, 30169 Hannover. Weitere Informationen gibt es [hier](#).